

Politik brief

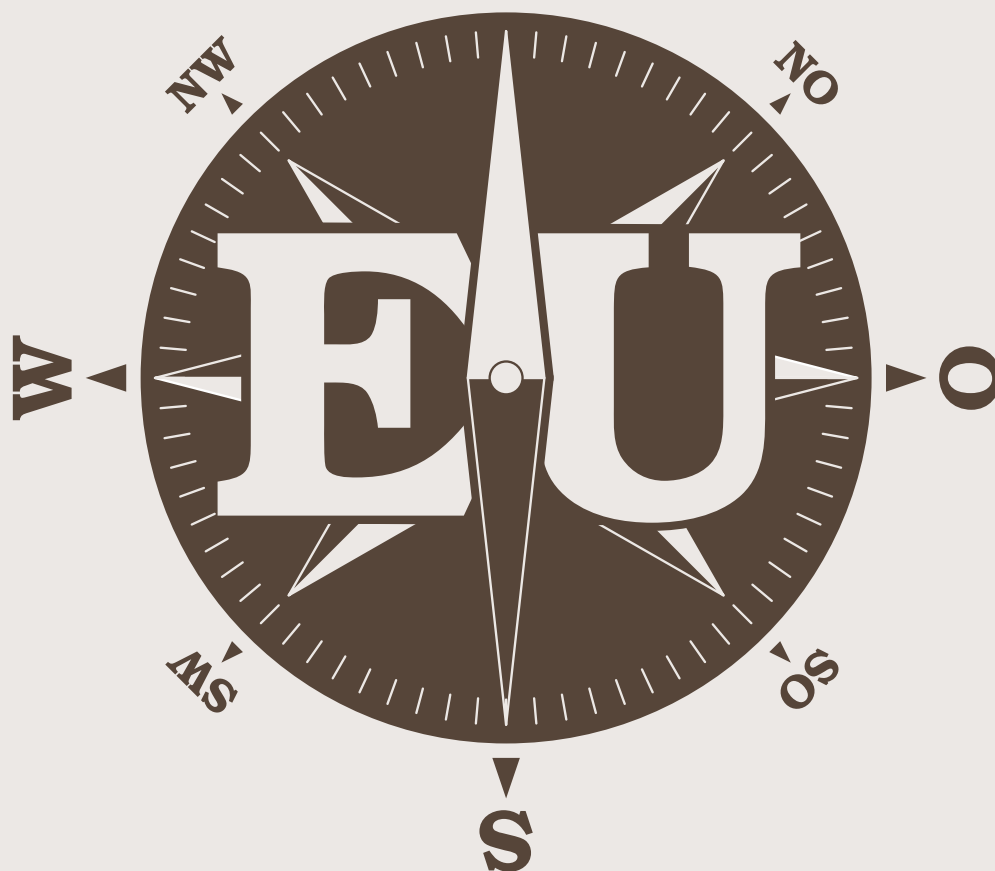
Oktober
2019

VERBAND DER CHEMISCHEN INDUSTRIE e.V.
WIR GESTALTEN ZUKUNFT.



VCI

2024



EU 2019 bis 2024: Potenziale einer starken Gemeinschaft nutzen

Industrie- und Klimapolitik: An einem Strang ziehen

Globales Umfeld: Für offene Märkte und internationale Regeln eintreten

Innovationen: Forscherdrang engagiert fördern

Zirkuläre Wirtschaft und Digitalisierung: Wertschöpfung in Netzwerken

EU-Mandat 2014 bis 2019: Gemischte Bilanz

Chemie- und Pharmaindustrie: Impulsgeber für Europa und die Welt

Seite 2

Seite 3

Seite 4

Seite 5

Seite 6

Seite 7

Seite 8

EU 2019 bis 2024

Potenziale einer starken Gemeinschaft nutzen

Europa bewegt die Gemüter wie selten zuvor. Immer mehr setzt sich die Erkenntnis durch, dass die Mitgliedstaaten der EU im Zusammenschluss die besten Aussichten haben, ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen selbstbewusst gegenüber China, den USA und Russland zu vertreten. Auch die Chemie- und Pharmaindustrie bekennt sich zu einer starken Europäischen Union. Sie gibt konkrete Empfehlungen, wie die EU mit guter Industriepolitik in einer zunehmend multipolaren Welt bestehen kann.

Die bisherige Erfolgsgeschichte der Europäischen Union, die von Jahrzehnten des Friedens und wachsenden Wohlstands geprägt ist, hängt eng mit dem Binnenmarkt und seinen Grundfreiheiten zusammen. Doch angesichts globaler Verände-

rungen wachsen die Herausforderungen. Dass die neue EU-Kommission unter ihrer Präsidentin Ursula von der Leyen den europäischen Binnenmarkt zukunftsorientiert gestalten möchte, interpretiert die Chemie- und Pharmaindustrie als konkretes Anzeichen für eine Revitalisierung der europäischen Industriepolitik.

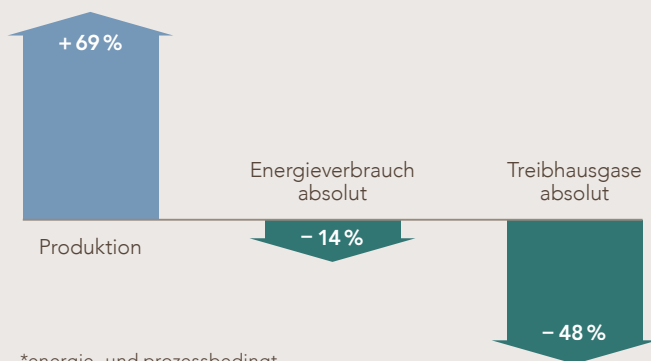
Ein weiterer Erfolgsfaktor der EU liegt in der Innovationskraft der hier ansässigen Industrieunternehmen. Das unterstreicht: Die Industrie sollte weiterhin als Teil der Lösung für viele wirtschaftliche und politische Herausforderungen verstanden werden. Insbesondere die Chemie spielt mit ihren innovativen Produkten und Technologien eine Schlüsselrolle für wesentliche Wertschöpfungsketten und kann Antworten auf viele Fragen geben – insbesondere im Umwelt- und Klimaschutz.

Damit die Branche ihre Lösungskompetenz auch künftig in Europa entfalten und zugleich die ökologische, ökonomische und soziale Dimension der Nachhaltigkeit erfolgreich vorantreiben kann, ist sie auf eine zukunftsorientierte und mutige Industriepolitik angewiesen. EU-Kommission und EU-Parlament sollten die kommenden fünf Jahre nutzen, um:

- Industrie- und Klimapolitik miteinander zu verzahnen
- für offene Märkte und weltweit fairen Wettbewerb einzutreten
- Innovationskraft und Forscherdrang engagiert zu fördern
- Nachhaltigkeit durch zirkuläre Wirtschaft und Digitalisierung zu fördern

KLIMA-VORREITER CHEMIE

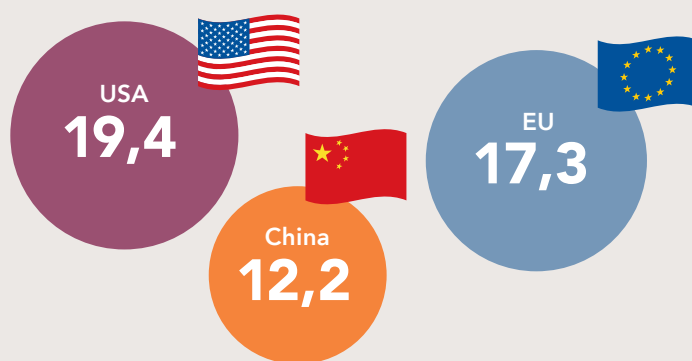
Entwicklung von Produktion, Energieverbrauch und Treibhausgasemissionen* 1990–2017; Quelle: VCI



Die Chemie beweist es: Wachstum und Klimaschutz schließen sich nicht aus. Seit 1990 stieg die Produktion um fast 70 Prozent. Absoluter Energieverbrauch und Treibhausgasausstoß haben sich dennoch erheblich verringert.

MIT ANDEREN AUF AUGENHÖHE

Bruttoinlandsprodukte in Billionen US-Dollar, 2017; Quelle: Weltbank



Die Wirtschaftskraft der EU kann sich mit der chinesischen und US-amerikanischen durchaus messen. Das zeigt: Dank ihres Schulterschlusses behaupten sich die Mitgliedstaaten gut gegenüber den großen Volkswirtschaften.

#Jazueuropa

Im Vorfeld der Europawahlen 2019 betonte die deutsche Chemie- und Pharmaindustrie ihre proeuropäische Haltung:

- www.vci.de/jazueuropa

In der neuen Legislatur setzt sich die Branche auch weiterhin für eine starke Europäische Union ein.

Alle VCI-Politikbriefe finden Sie auf:

- www.vci.de/politikbrief

Folgen Sie uns auch auf Twitter und Facebook:

- [www.twitter.com/chemieverband](https://twitter.com/chemieverband)
- www.facebook.com/chemieverbandVCI

Industrie- und Klimapolitik

An einem Strang ziehen

Die Chemie gibt in nahezu allen Industriezweigen wichtige Impulse auf dem Weg zur Treibhausgasneutralität. Da die Branche von Hause aus energieintensiv und daher nicht nur von industrie-, sondern auch von klimapolitischen Entscheidungen betroffen ist, sollten sich die Zielsetzungen in diesen beiden Politikfeldern sinnvoll ergänzen.

Die neue EU-Kommission will die Europäische Union bis 2050 zur Klimaneutralität führen. Die Zielmarke für diesen „Green Deal für Europa“ ist nur noch zwei Investitionszyklen entfernt. Deshalb muss die EU-Kommission jetzt aufzeigen, wie sie die politischen Weichen bis 2024 so stellt, dass die ehrgeizigen Ziele auch erreicht werden können. Im Detail geht es um:

Bessere Rechtssetzung ausbauen

- Initiativen wie das Innovations- und „One in, one out“-Prinzip sowie der Wettbewerbscheck sind gut und richtig. Sie erleichtern es den Unternehmen, aus Forschung marktfähige klimaschonende Produkte zu entwickeln.

Energie- und Rohstoffzufuhr sichern

- Die Chemieindustrie muss umfassend auf bezahlbare erneuerbare Energien und Rohstoffe zurückgreifen können.

Die EU sollte deshalb zumindest die Marktkopplung sowie den Ausbau supranationaler Strom- und Gasnetze weiter stärken. Wichtig ist auch die anstehende europäische Gasmarkt-reform, die auf eine verstärkte Nutzung regenerativer Gase abzielt.

Emissionshandel fortführen

- Der EU-Emissionshandel garantiert, dass Industrie und Energiewirtschaft die Klimaschutzziele erreichen – und das zum volkswirtschaftlich günstigsten Preis. Neue Ansätze wie eine EU-weite CO₂-Steuer wären nur als Alternative denkbar. Auch die Ausdehnung auf weitere Sektoren ist kritisch: Da wirksame Treibhausgasreduktion in Verkehr und Gebäuden viel teurer ist als bei den erfassten Sektoren, müssten sie separat reguliert werden.

Investitionen stärken

- Die EU-Klimaziele sind ambitioniert und kosten jährlich etwa 260 Milliarden Euro. Mit dem „Green Deal“ soll das 2030-Ziel auf minus 55 Prozent Treibhausgas-emissionen erhöht werden. Um den massiven Investitionsbedarf zu mobilisieren, sollte die EU Förderstrategien für Zukunftsthemen entwickeln, das Beihilferecht anpassen, den Haushalt stärker auf Investitionen ausrichten und Genehmigungsverfahren beschleunigen.

Realwirtschaft einbinden

- Die EU-Kommission diskutiert mit der Finanzwirtschaft über nachhaltige Finanzierung. Leider wurde die Industrie bisher kaum eingebunden. Es droht, dass energieintensive Verfahren pauschal negativ eingestuft werden – obwohl sie Vorprodukte für Klimatechnologien liefern. Beispiel: Batterien für Elektromobilität.

Mittelstand breiter definieren

- Aus Sicht der Industrie greift die bisherige Definition der EU für „kleine und mittlere Unternehmen“ zu kurz: Danach haben Mittelständler nur maximal 250 Mitarbeiter und 50 Millionen Euro Umsatz. Größere Betriebe werden Großunternehmen gleichgestellt – das ist schlecht für eine mittelstandsfreundliche Gesetzgebung und Förderung.

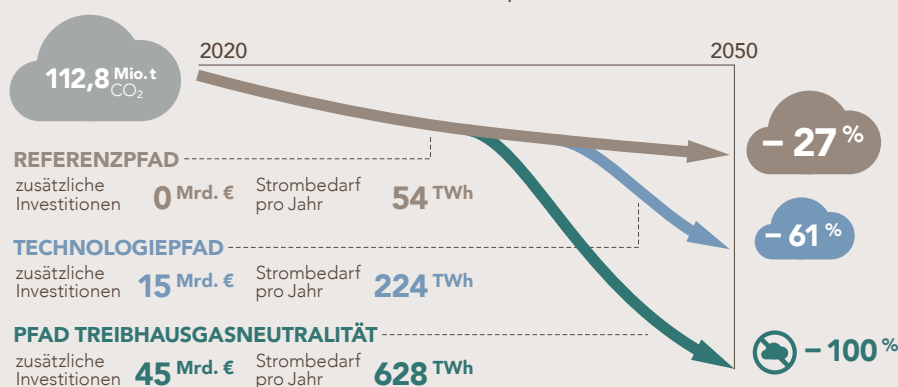
Treibhausgasneutralität im Blick

Die Chemieindustrie steht auf dem Weg zur Treibhausgasneutralität bis 2050 vor einer umfassenden Transformation. Diese ist technologisch zwar möglich, allerdings mit sehr hohen Kosten sowie einem extrem hohen Bedarf an Strom aus erneuerbaren Energiequellen verbunden:

► www.vci.de/klima2050

DER WEG ZUR TREIBHAUSGASNEUTRALEN CHEMIEINDUSTRIE

Treibhausgasemissionen der deutschen Chemie aus Prozessen, Energiebedarf und Produkten; Quellen: VCI, Dechema, FutureCamp



Die deutsche Chemieindustrie kann ihren Treibhausgasausstoß mithilfe neuer Produktionstechnologien bis 2050 fast vollständig reduzieren (= „Pfad Treibhausgasneutralität“). Neben neuen Verfahren vor allem in der Basischemie sind dazu ein dauerhaft niedriger Industriestrompreis sowie sehr viel emissionsfreier Strom aus erneuerbaren Quellen nötig.

Im „Referenzpfad“ würde weiterhin mit den heutigen Technologien produziert, die Effizienz durch kontinuierliche Investitionen aber weiter erhöht. Der „Technologiepfad“ geht davon aus, dass Investitionsmittel und Strom nur begrenzt verfügbar sind. Unter diesen Bedingungen lässt sich eine maximale Minderung von 61 Prozent erzielen.

Globales Umfeld

Für offene Märkte und internationale Regeln eintreten

Viele politische und gesellschaftliche Herausforderungen können in einer globalisierten Welt nur auf globaler Ebene gelöst werden. Die EU sollte daher stets über den Tellerrand hinaus schauen, statt auf Insellösungen zu setzen – zumal die Industrie im internationalen Wettbewerb steht.

Die EU sollte sich geeint für stabile Wirtschaftsbeziehungen, eine liberale und regelbasierte Welthandelsordnung im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO und für eine Deeskalation der internationalen Handelskonflikte einsetzen. In einem zunehmend schwierigen globalen Umfeld ist es wichtig, eine selbstbewusste EU-Handelspolitik zu betreiben. Konkret heißt das:

Handelsabkommen vereinbaren

- Multilaterale Regeln sind für stabile Handelsbeziehungen wesentlich. Die WTO-Regeln dienen weltweit der Stärkung von Wachstum und Wohlstand. Im Einklang mit diesen Regeln sollte die EU auch bilaterale Vereinbarungen anstreben. Die Freihandelsabkommen mit Japan, Vietnam und den südamerikanischen Mercosur-Staaten sind wichtige Schritte. Nach einem Brexit sollte die EU rasch ein Abkommen mit Großbritannien schließen.

Dialog mit den USA fortführen

- Die jahrzehntelange und bewährte Partnerschaft mit den USA wird durch protektionistische Maßnahmen belastet. Vorhaben, die den europäischen Interessen entgegenstehen, sollte die EU WTO-konform abwehren. Falls die WTO-Streitschlichtung funktionsunfähig wird, sollte die EU alternative Instrumente zur Durchsetzung schaffen. Zugleich gilt es, das gegenseitige Vertrauen durch intensiven Dialog und gemeinsame Projekte zu festigen.

Chinastrategie weiterentwickeln

- China verfolgt ehrgeizige geo- und industriepolitische Ziele. Dieser Entwicklung sollte die EU selbstbewusst begegnen, indem sie den hiesigen Unternehmen einen besseren Marktzugang in China verschafft und auf besseren Schutz für das geistige Eigentum europäischer Investoren besteht. Darüber hinaus sollten Europäer auf Drittmärkten im Wettbewerb mit China gestärkt werden.

Regulatorische Kooperation forcieren

- Die Zusammenarbeit mit anderen Staaten sollte gestärkt werden. Das gilt gegenüber den USA und China ebenso wie gegenüber wichtigen Schwellen- und Entwicklungsländern.

Klimaschutz global verhandeln

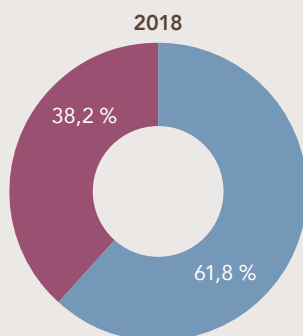
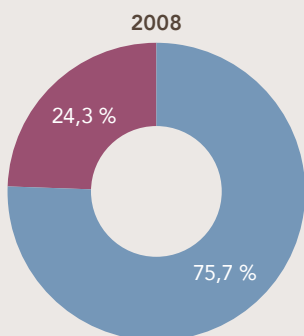
- Auch der Klimaschutz ist mit internationalen Partnern anzugehen. Ziel muss sein, eine weltweite CO₂-Bepreisung einzuführen. So lange das nicht durchsetzbar ist, sollte sie zumindest auf G20-Ebene angestrebt werden. Nur so können Wettbewerbsverzerrungen zulasten der heimischen Industrie vermieden werden. Einseitige Sonderbelastungen verstärken den Trend zu Auslandsinvestitionen in andere Regionen, sparen aber keine einzige Tonne CO₂ ein.

CO₂-Grenzsteuer

Europa soll bis 2050 der erste treibhausgasneutrale Kontinent werden. Der Industrie entstünden daraus hohe Kosten. Damit die hiesigen Unternehmen im Wettbewerb gegenüber Asien und Amerika bestehen können, erwägt die EU, zusätzliche Kosten für EU-Produzenten über eine CO₂-Grenzsteuer auszugleichen. Auf den ersten Blick wirkt die Idee charmant. Zu bedenken ist jedoch, dass der bürokratische Aufwand und die rechtlichen Risiken verhältnismäßig hoch wären. Außerdem bestünde die Gefahr, dass ein Grenzausgleich Handelskonflikte herbeiführt.

AUSSEREUROPÄISCHER HANDEL WIRD WICHTIGER

Verkaufsanteile der EU-Chemie- und -Pharmaindustrie nach Region;
Quelle: Chemdata International



■ außerhalb der EU ■ innerhalb der EU

Die EU ist nach China zweitgrößter Chemieproduzent weltweit. 2018 erwirtschaftete die EU-Chemie- und -Pharmaindustrie einen weltweiten Gesamtumsatz von 878 Milliarden Euro. Dieser Erfolg gründet immer stärker auf den Exporten in alle Welt. Die weltweit guten Handelsbeziehungen zu stärken, wird deshalb immer wichtiger.

Innovationen

Forscherdrang engagiert fördern

Auf der Suche nach Lösungen für die globalen Herausforderungen der Zukunft findet weltweit ein Wettlauf um innovative Werkstoffe, Gesundheitsversorgung, Energiespeicher, neue Mobilitätsformen und Biotechnologie statt. Noch gehört die europäische Chemie- und Pharmaindustrie zu den Treibern vieler Entwicklungen und ist damit auch Auslöser innovativer Wertschöpfungsketten. Doch die internationale Konkurrenz nimmt zu.

Insbesondere Deutschland nimmt im internationalen Vergleich der Forschungsstandorte eine Spitzenstellung ein. Damit die Unternehmen sich im zunehmenden Wettbewerb behaupten können, sollte die neue EU-Kommission deren Innovationskraft unterstützen. Dazu gehört:

Innovationen Vorrang einräumen

- Das 9. EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizont Europa“ kann erheblich dazu beitragen, dass Europas Industrie ihr Innovationspotenzial abrufen. Dafür muss es finanziell gut ausgestattet werden und darf nicht gegen Agrar- und Regionalbudgets ausgespielt werden. Die Anforderungen der Industrie sind ausreichend zu berücksichtigen.

Innovationsprinzip verankern

- Neue EU-Gesetzesinitiativen sollten Innovationen stärken. Dieser Ansatz ist als gleichberechtigte Ergänzung zum Vorsorgeprinzip rechtlich zu verankern. Zudem muss der Gesetzgeber seine Entscheidungen faktenbasiert treffen.

Patentschutz stärken

- Patentschutz ist die Voraussetzung für Forschungsinvestitionen. Diesen gilt es zu stärken. So müssen ergänzende Schutzzertifikate Herstellern von Arznei- und Pflanzenschutzmitteln auch künftig eine Verlängerung der Patentlaufzeit ermöglichen. Die Patentierbarkeit von Pflanzen und Tieren, die mithilfe technischer Verfahren erzeugt werden, muss auch in Zukunft gewährleistet bleiben.

Potenziale der Biotechnologie nutzen

- Biotechnologie bietet immense Chancen, um Gesundheit sowie Klima- und Umweltschutz voranzutreiben. Aktuell kommt es besonders darauf an, für Gene-Editing einen zukunftstauglichen Rechtsrahmen zu schaffen.

Wettbewerbsfähige Bioökonomie

Die Bioökonomie hat für die Nachhaltigkeitsstrategie der chemisch-pharmazeutischen und biotechnischen Industrie in Europa eine zentrale Bedeutung. Um ihre wirtschaftlichen und ökologischen Potenziale sowohl national als auch international ausschöpfen zu können, sollten die innovations-, industrie- und handelspolitischen Rahmenbedingungen entlang biobasierter Wertschöpfungsketten und -netze aufeinander abgestimmt und Hemmnisse abgebaut werden.

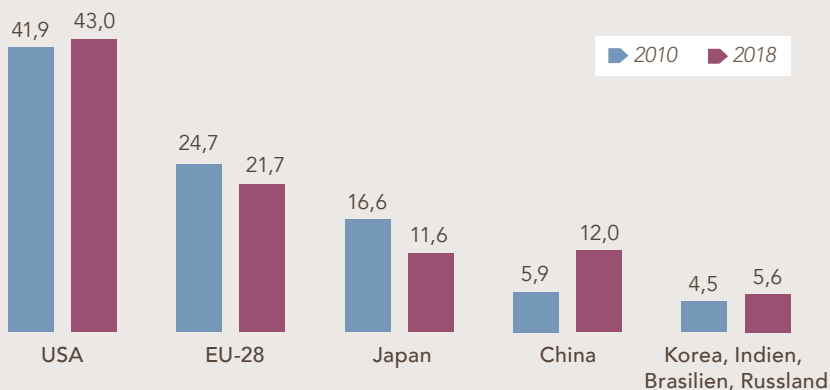
Das bedeutet vor allem:

- eine verlässliche Regelung der Rohstoffversorgung für die industrielle Biotechnologie
- zügige europäische Genehmigungsverfahren für biotechnische Prozesse und Produkte auf naturwissenschaftlicher Basis
- ein erheblich beschleunigter Marktzugang

Nur so kann eine international wettbewerbsfähige Bioökonomie in Europa entwickelt und ausgebaut werden.

INNOVATIONSWETTBEWERB WIRD HÄRTER

Anteile an weltweiten internen Forschungsausgaben in Chemie und Pharma, in Prozent; Quellen: Chemdata International, VCI



Die EU-28 steht als Chemie-Forschungsstandort weltweit auf Platz 2. Allerdings sinkt der Anteil an den weltweiten Ausgaben für Forschung und Entwicklung deutlich. Die Schwellenländer hingegen holen auf – allen voran China.

Zirkuläre Wirtschaft und Digitalisierung

Wertschöpfung in Netzwerken realisieren

Industrielle Wertschöpfungsnetzwerke haben die Kraft, um Lösungen für Nachhaltigkeit und Klimaschutz zu entwickeln. In der Chemie ist die zirkuläre Wirtschaftsweise deshalb ein wichtiger Baustein. Sie betrachtet den gesamten Lebenszyklus von Produkten und nimmt ganz neue Kreisläufe in den Blick, die weit über Abfallrecycling hinausgehen. Dass die zirkuläre Wirtschaft jetzt Fahrt aufnehmen kann, hat auch mit der Digitalisierung zu tun. Denn diese ist Kern der neuen Industriewelt. Die EU-Kommission sollte sich dem Ansatz einer zirkulären Wirtschaft anschließen und industrielle Wertschöpfungsnetzwerke und Digitalisierung unterstützen.

Die zirkuläre Wirtschaftsweise gewinnt Kohlenstoff am Ende eines Produktzyklus wieder zurück. Hierzu kann das chemische als Ergänzung zum mechanischen Recycling einen wichtigen Beitrag leisten. Dabei werden Abfälle zunächst in Grundstoffe umgewandelt, aus denen wieder neue Produkte entstehen. Mit der Realisierung beschäftigen sich derzeit zum Beispiel Verfahren der Pyrolyse, Vergasung und Solvolyse. Darüber hinaus erlaubt die energetische Verwertung, den Kohlenstoff in Form von CO₂ „im Kreis zu führen“. Schon jetzt wird

deutlich, dass die Transformation zur zirkulären Wirtschaft komplex ist. Die Politik sollte sie unterstützen durch:

Offenheit für alle Verfahren

- Sowohl mechanische als auch chemische Verfahren tragen zur Kreislaufwirtschaft des Kohlenstoffs und somit zum Recycling effektiv bei. Entscheidend ist, welches Verfahren die beste ökologisch-wirtschaftliche Gesamtbilanz ausweist. Wo zum Beispiel das mechanische Recycling von Kunststoffabfällen nicht mehr greift, sollten chemische Methoden anerkannt werden und zum Zuge kommen. Auch eine effiziente energetische Verwertung muss möglich sein.

Freiräume für Innovationen

- Nur in einem forschungsfreundlichen Umfeld können die Unternehmen die Entwicklung neuer Verfahren vorantreiben – beispielsweise für innovative Kunststoffe, die einerseits komplexe Anwendungsbereiche weiter optimieren und andererseits die Umwelt nicht unnötig belasten.

Zum Gelingen beitragen kann auch die Digitalisierung: Denn durch die Auswertung von Massendaten werden präzisere Verfahren möglich, die neue Innovations-sprünge erwarten lassen. Aus diesen können bestenfalls Impulse für noch

mehr Ressourceneffizienz entstehen. Deshalb kommt es an auf:

Förderung der Digitalisierung

- Um neue Geschäftsmodelle zu entwickeln, sind die Unternehmen auf schnellen und sicheren Datenaustausch angewiesen. Der Ausbau der Infrastruktur gehört ebenso dazu wie ein leistungsfähiges IT-Sicherheitsnetzwerk zwischen Behörden, Unternehmen und Forschung. Zudem müssen die Behörden bei Krisen schnell reagieren können.

Vollendung des Binnenmarkts

- Regulierungsbedingte Barrieren zwischen den EU-Märkten müssen beseitigt und der grenzüberschreitende Verkehr mit digitalen Gütern und Daten erleichtert werden. Europa braucht den digitalen Binnenmarkt, um mit China oder den USA mithalten zu können.

Gestaltung des Datenschutzes

- Unternehmen müssen individualisierte und Big-Data-basierte Lösungen vorantreiben können. Dafür braucht es zur Datenschutz-Grundverordnung harmonisierte Vereinbarungen, die sich den Wirtschaftsbedürfnissen anpassen und den internationalen Datenaustausch rechtssicher ermöglichen – das gilt beispielsweise für die Nutzung gängiger Cloud- und Softwarelösungen.

GUTE ERGÄNZUNG ZUM MECHANISCHEN RECYCLING

Schema des chemischen Recyclings in der zirkulären Wirtschaft



Das mechanische und das chemische Recycling ergänzen einander optimal: Anstatt Kunststoffe mittels physikalischer Verfahren aufzubereiten, kann der entstehende Abfall auch in seine chemischen Bausteine zerlegt werden. Das Rohmaterial wird in den Kreislauf eingespeist, sodass daraus wieder neue Produkte entstehen können.

EU-Mandat 2014 bis 2019

Gemischte Bilanz

Während der „Juncker-Kommission“ wurden 338 ordentliche Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen. Zwischen 2009 und 2014 waren es noch 580. Das zeigt, dass es in der zurückliegenden Legislaturperiode offensichtlich gelungen ist, sich auf wesentliche Politikfelder zu fokussieren. Doch was bedeutet das für eine Gesamt-Bilanz: Was wurde erreicht?



Erreichte Meilensteine

- Breiter Aktionsplan für die zirkuläre Wirtschaft
- Investitionsoffensive für Europa („Juncker-Plan“)
- Fortschritte zur Energie- und Klimaunion
- Paket zur Cybersicherheit
- Europäische Batterie-Allianz
- EU-weiter Rahmen für Investitionsprüfungen
- Pariser Klimaver Vereinbarung
- Freihandelsabkommen mit Kanada, Japan und Singapur
- Beschluss für Handelsverträge mit Mercosur und Vietnam
- Agenda für bessere Rechtsetzung



Offene Baustellen

- Abgestimmte und weitsichtige Industriepolitikstrategie entwickeln
- Wirtschaftliche und technische Realitäten beim „Wettlauf“ um klimapolitische Ziele einbeziehen
- Anliegen der energieintensiven Industrien und der Komplexität von Wertschöpfungsketten beachten
- Verhandlungen für Handelsabkommen mit den USA, China und Indien forcieren; nach Brexit schnelles Handelsabkommen mit Großbritannien abschließen.
- Anschluss bei Zukunftstechnologien und Spitzenforschung halten
- Europäischen Haushalt auf Innovationen und Investitionen ausrichten



In der Legislatur 2014 bis 2019 zeigte sich eine Tendenz zur Symbolpolitik, unter anderem im Umgang mit Kunststoffabfällen und dem Weißpigment Titandioxid. Nicht immer wurde auf Basis wissenschaftlicher Fakten diskutiert und entschieden. Eine Folge ist, dass die EU industriepolitisch mitunter weit hinter ihren Möglichkeiten zurückblieb. Das ist umso schwerwiegender, da die ehrgeizigen Klimaschutzziele nur mit höchster Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der betroffenen Unternehmen erreicht werden können.

Die Chemie- und Pharmaindustrie

Impulsgeber für Europa und die Welt

Europäische und deutsche Unternehmen der chemisch-pharmazeutischen Industrie ermöglichen mit innovativen Produkten und technologischen Neuheiten Fortschritte weit über die Grenzen Europas und der Branche hinaus. Damit tragen sie zur weltweiten nachhaltigen Entwicklung bei und sichern Wohlstand und Arbeit an ihren Standorten.

Die Branche in Europa

Hinter China ist Europa der zweitgrößte Chemiestandort der Welt. Die Unternehmen beschäftigen 1,8 Millionen Mitarbeiter und erwirtschaften einen Umsatz von rund 878 Milliarden Euro pro Jahr. Außerhalb der EU erzielen sie mehr als 335 Milliarden Euro. Die Chemie ist der viertgrößte Produzent der

europäischen Industrie und trägt damit maßgeblich zum gesamtgesellschaftlichen Wohlstand in Europa bei.

Die Branche in Deutschland

Innerhalb der EU ist Deutschland der größte Hersteller von chemisch-pharmazeutischen Produkten. Mit einem Anteil von 26,6 Prozent an den Umsätzen der EU-28 ist die deutsche Chemie europäischer Spitzenreiter.

Jobmotor

► Rund 462.500 Menschen arbeiten in der chemisch-pharmazeutischen Industrie Deutschlands. Hinzu kommen etwa eine halbe Million bei Zulieferern und Dienstleistern. Zudem schaffen deutsche Firmen rund 115.000 Arbeitsplätze in anderen europäischen Ländern.

Starker Mittelstand

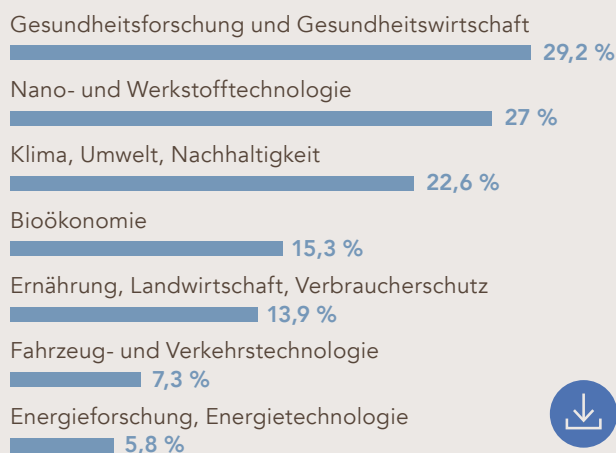
► Von den in Deutschland tätigen Chemie- und Pharmaunternehmen beschäftigen mehr als 90 Prozent weniger als 500 Arbeitnehmer.

Innovationsdrang

► Deutschlands Chemie- und Pharmaindustrie ist im Branchenvergleich überdurchschnittlich innovationsorientiert: 64 Prozent der Pharma- und 60 Prozent der Chemieunternehmen forschen. Der Durchschnittswert im verarbeitenden Gewerbe ist mit 27 Prozent nicht einmal halb so groß. Zuletzt steigerte die Branche ihre Forschungsausgaben auf rund 11,8 Milliarden Euro, das entspricht mehr als 5 Prozent des Umsatzes.

DIE TOP-FORSCHUNGSFELDER DER CHEMIE

Anteil der befragten deutschen Unternehmen, die in Forschungsfeldern agieren, 2017; Quellen: Stifterverband, VCI



Eine Umfrage unter deutschen Chemie- und Pharmaunternehmen zeigte: Mit ihren Innovationen gestaltet die Branche die Zukunft auf den wichtigsten Feldern aktiv mit.

REACH: Gemeinsam zum Ziel

In Europa gelten höchste Standards für Produktsicherheit – und so soll es auch bleiben. Es gilt, den damit verbundenen Aufwand so gering wie möglich zu halten, damit sich die internationale Konkurrenz nicht mit weniger regulierten Produkten durchsetzt. Die EU-Chemikalienverordnung REACH regelt die Registrierung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien. Rund 97.000 Registrierungsdossiers für etwa 22.600 Stoffe liegen vor. Um deren Qualität weiter zu verbessern, überprüfen die Unternehmen ihre Dossiers in Kooperation mit der EU-Chemikalienagentur ECHA nach einem Aktionsplan und passen sie wo nötig an. Der Politik empfehlen sie:

Keine Neustrukturierung von REACH

► Wichtig ist ein stabiles Umfeld, in dem REACH Stück für Stück umgesetzt werden kann. Nur so entstehen Gestaltungsräume für neue Innovationen.

REACH anwenderfreundlich gestalten

► Um Unsicherheiten zu klären und Missverständnisse auszuräumen, sollten die Verfahren praxistgerecht gestaltet werden.

Auf Mittelstand achten

► Kleinere Unternehmen sind dankbar für einfache Verfahren und Sicherheitsdatenblätter und einen Ansprechpartner der ECHA.

Ihre Ansprechpartner

Geschäftsführer Hauptstadtbüro Berlin Norbert Theihs

E-Mail theihs@berlin.vci.de **Telefon** +49 (0)30 200599-12

Geschäftsführer Europabüro Brüssel Dr. Pierre Gröning

E-Mail groening@bruessel.vci.de **Telefon** +32 (0)2 54806-91

Weitere Informationen www.vci.de/politikbrief

www.twitter.com/chemieverband, www.facebook.com/chemieverbandVCI

Impressum Politikbrief

Herausgeber Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI),

Mainzer Landstraße 55, 60329 Frankfurt **Telefon** +49 (0)69 2556-0

Verantwortlich Jenni Glaser

Redaktionsschluss 7. Oktober 2019

Agenturpartner Köster Kommunikation, GDE

Klimaneutral gedruckt auf Papier aus nachhaltiger Waldwirtschaft.